

Berlin, Sonntag,

Die Zeitung erscheint in der Woche  
zwölffmal.

Bezugs-Preis:

vierteljährlich  
für Berlin 7 Mt. 50 Pf. ohne Postlohn,  
für ganz Deutschland 9 Mt.  
Oesterreich 18 Kr. 82 Hell., Rußland  
& Süd. 55 Kop., Holland 7 Fl. 50 Gld.

Für Frankreich, Belgien, England,  
Schweiz, Amerika usw. Kreuzband-  
Gebund 20 Mt. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen  
für England in London bei  
Ang. Stegle 20 Abbe Street E.C. und  
Cowie & Co. 19 Gresham Street E.C.

# Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen  
bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen  
Verdingungs-Anzeiger.

Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Beteiligungslisten der  
Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Verlosungsstabellen  
mit Restanten-Listen

und viele andere wichtige tabellarische  
Übersichten.

Insertions-Gebühr:

Die vierzeilige Spalte 50 Pf.  
Reklametext 1 Mt.

Verantwortlicher:

Ant I, Nr. 243.

Telegraphen-Adresse:  
Börsenzone.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37.  
Annahme der Inserate: In der Expedition.

## Vom Tage.

Im Zusammenhang mit der „Daily Telegraph“-Affäre unterbreitete der Reichskanzler dem Kaiser sein Abschiedsgesuch, dem der Kaiser jedoch keine Folge gab.

Kaiser Franz Josef traf gestern nachmittag von Budapest wieder in Wien ein; von dem zahlreich erschienenen Publikum wurden ihm begeisterte Huldigungen dargebracht.

Die Session der Oesterreichischen Delegation und die der Ungarischen Delegation wurden gestern geschlossen.

Die Antwort der Postre auf den Entwurf des Konferenzprogramms wurde gestern nachmittag sämtlichen Botschaftern telegraphisch übermittelt.

## Kanzlerkrisis? — „Daily Telegraph“.

Die „Nordb. Allg. Z.“ veröffentlicht folgende, schon früher erwarbete offizielle Erklärung betreffend die „Daily Tel.“-Affäre:

„Ein großer Teil der ausländischen und inländischen Presse hat wegen des im „Daily Telegraph“ veröffentlichten Artikels kritische Betrachtungen gegen die Person Sr. Majestät des Kaisers gerichtet, wobei von der Annahme ausgegangen wurde, der Kaiser hätte diese Publikation ohne Vorwissen der für die Politik des Reiches verantwortlichen Stelle vernahmt. Diese Annahme ist unbegründet.“

Se. Majestät der Kaiser hatte von einem englischen Privatmann mit der Bitte, die Veröffentlichung zu genehmigen, das Manuskript eines Artikels erhalten, in dem eine Reihe von Gesprächen Sr. Majestät mit verschiedenen englischen Persönlichkeiten und zu verschiedenen Zeiten zusammengefaßt war. Jener Bitte lag der Wunsch zu Grunde, die Neußerungen Sr. Majestät einem möglichst großen Kreise englischer Leser bekannt zu geben und damit den guten Beziehungen zwischen England und Deutschland zu dienen. Der Kaiser ließ den Entwurf des Artikels an den Reichskanzler gelangen, der das Manuskript dem Auswärtigen Amt mit der Bestimmung überwies, dasselbe einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen. Nachdem in einem Bericht des Auswärtigen Amtes Bedenken nicht erhoben worden waren, ist die Veröffentlichung erfolgt.

Als der Reichskanzler durch die Publikation des „Daily Telegraph“ von dem Inhalt des Artikels Kenntnis erhielt, erklärte er Sr. Majestät dem Kaiser: er hätte den Entwurf des Artikels nicht selbst gelesen; anderenfalls würde er Bedenken erhoben und die Veröffentlichung widerrufen haben; er betrachte sich aber als für den Vorgang allein verantwortlich und bede die ihm unterstellten Messoren und Beamten. Gleichzeitig unterbreitete der Reichskanzler Sr. Majestät dem Kaiser sein Abschiedsgesuch.

Se. Majestät der Kaiser hat diesem Gesuche keine Folge gegeben, jedoch auf Antrag des Reichskanzlers genehmigt, daß dieser durch Veröffentlichung des oben dargestellten Sachverhalts in die Lage versetzt werde, den ungerechten Angriffen auf Sr. Majestät den Kaiser den Boden zu entziehen.“

Die hier ausgesprochene Absicht, den Kaiser gegen den Vorwurf unterlassener Handlung zu beschützen, ist mit obigem Communiqué vollständig erreicht worden. Der Kaiser hat sich im Bewußtsein, daß Veröffentlichungen, wie die vom „Daily Tel.“ reproduzierten, einen hochpolitischen

Charakter tragen, zur Begutachtung den verantwortlichen Träger der deutschen Politik herangezogen und erst, nachdem dieser sein Einverständnis erklärt hatte, die Genehmigung zur Weitergabe erteilt. Was hierüber ist also der Verlauf der Angelegenheit durchaus korrekt; aber die Schätzung der Vorgänge im Reichskanzleramt würde, wenn sie nicht aus amtlicher Quelle herrührte, kaum irgendwo Glauben finden.

Man muß sich vor Augen halten, daß der Kaiser seinem Kanzler ein eminent wichtiges Aftenstück unterbreitet, das nicht nur sehr intime Einblicke in die deutsche Politik in kritischer Zeit gestattet, die vielleicht besser unterblieben wären, sondern das auch Entschlüsse bringt, die für Frankreich und England kompromittierend sind. Fürst Bülow, der aus Erfahrung wissen mußte, wie gefährlich derartige Veröffentlichungen sein können und daß sie, zum Beispiel in der Tweedmouth-Affäre, schon früher Gelegenheit zu den gefährlichsten Unterstellungen gegeben haben, glaubt sich die persönliche Prüfung ersparen zu können, und übergibt das Manuskript wie irgend eine irrelevante Eingabe dem Auswärtigen Amt zur gefälligen Begutachtung. Wir wissen nicht, wie wir uns diese förmliche Behandlung erklären sollen, um so weniger, als das Communiqué keinen Aufschluß darüber gibt, welche Stelle mit dieser hochbedeutungsvollen Entscheidung betraut worden war. Nach den üblichen Grundsätzen hätte Staatssekretär v. Schöen herangezogen werden müssen; ob das geschehen ist, ist nicht ersichtlich, ebensowenig von wem der erstattete Bericht ausgegangen ist. Man kann doch unmöglich annehmen, daß die Angelegenheit von untergeordneten Beamten gemissermaßen drei manu erledigt worden ist, obgleich man sich andererseits kaum entschließen kann, zu glauben, daß ein politisch geschultes Mitglied des auswärtigen Amtes einen so hervorragenden Mangel an Verständnis bekundet haben sollte. Hier ist eine Lücke in der Darstellung der „N. Allg. Ztg.“. Selbst wenn Fürst Bülow in Anerkennung der Sachlage die Beurteilung, in diesem Falle Entscheidung, einem Mitgliede des Amtes überlassen haben sollte, so konnte es nur ein Vertrauensmann sein, und die Frage nach dem Namen des Beamten, der so gar nicht auf der Höhe der ihm zuerteilten Aufgabe gestanden hat, drängt sich ganz von selbst auf.

Die amtliche Darstellung — wenn sie nicht etwa als ein patriotisches Opfer des Reichskanzlers anzusehen ist — wirft ein wenig schmeichlerhaftes Licht auf den Geschäftsgang im Auswärtigen Amt. Wir möchten beinahe wünschen, daß sie nicht korrekt ist und absichtlich Inklarheiten schafft, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden sind.

In Gefühl seiner Verantwortlichkeit für das Geschehene hat Fürst Bülow die einzig richtige Konsequenz gezogen und sein Abschiedsgesuch eingereicht, und es ist ein Beweis der hohen Wertschätzung, die ihm von Seiten des Kaisers zuteil wird, wenn dieses Gesuch zurückgewiesen worden ist. Damit dürfte freilich der fatale Zwischenfall seine Erledigung nicht gefunden haben. Der Reichskanzler ist, wenigstens theoretisch, nicht nur dem Kaiser, sondern auch der Volksvertretung gegenüber verantwortlich, und der Reichstag, der am Mittwoch wieder zusammentritt, wird zweifellos Nachhaken über das Geschehene verlangen. Wir bedauern es aufrichtig, daß ein solcher Anlaß gegeben worden ist, denn wir müssen fürchten, daß lebenswichtige Verhandlungen stattfinden werden, die nicht dazu beitragen können, das Ansehen des Reiches zu erhöhen.

## Telegramme.

**Bernstadt, 31. Oktober.** (Wid.-Tel. d. N. B.-Z.) Die „Darmstädter Ztg.“ veröffentlicht eine Mitteilung des Hofmarschallamtes, welche die in den Zeitungen verbreiteten Gerüchte, die Großfürstin Sergius von Rußland sei in ein Kloster eingetreten, als unwar bezeichnet. Die Großfürstin sei im Begriff, ein Institut zu gründen, das im allgemeinen den Einrichtungen unserer Diakonissenanstalten entspricht, jedoch mit der Armen- und Krankenpflege die Gemeindepflege in verschiedenen Stadtvierteln Moskaus verbinden soll. Die Anstalt müsse außer einem Säulerkomplex auch den Garten, in welchem sich das Wohnhaus der Großfürstin befindet, die demnach in diesem dauernden Aufenthalt nehmen werde, um durch persönliche Arbeit und Oberaufsicht sich dem Wohle der Anstalt ganz widmen zu können.

**Wien, 31. Oktober.** (S. T. G.) Kaiser Franz Josef ist heute nachmittag um 5 Uhr von Budapest hier wieder eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von der Gemeindevertretung feierlich empfangen und vom Bürgermeister mit einer Ansprache begrüßt. Dem Kaiser wurde auf dem Wege vom Bahnhof nach Schöbrunn von den Spalier stehenden Vereinen und Schulkindern sowie von dem zahlreich erschienenen Publikum begeisterte Huldigungen dargebracht.

**Wien, 31. Oktober.** (S. T. G.) Das „Armeeverordnungsblatt“ gibt die Enthebung des Flügeladjutanten und Militärattachés in Berlin Klepja Kloth von Koben von diesen Verwendungen bekannt sowie die Ernennung des Hauptmanns Karl Fehren von Wienertsh im Generalstabskorps zum Ordnungsoffizier des Kaisers und Militärattachés bei der österreichisch-ungarischen Botschaft in Berlin.

**Budapest, 31. Oktober.** (S. T. G.) Die Oesterreichische Delegation verhandelte heute über das Marinebudget. Abensberg-Traum bemängelte das langsame Tempo beim Ausbau der Flotte, der im Kriegsfalle eine wichtige Rolle bei Verteidigung der heimischen Küste spiele, und forderte auch Ungarn auf, einem früheren Ausbau der Flotte kein Hindernis in den Weg zu legen, da die Flotte die ungarischen Handelsinteressen ebenso zu wahren habe wie die österreichischen. Biankini betonte, die österreichische Flotte müsse mindestens der italienischen ebenbürtig sein. Marinekommandant Graf Montecucoli stimmte dem Vorredner zu, kündigte an, er werde die entsprechenden Schritte zum Erlaß der veralteten Schiffe sowie zur Ausgestaltung der Torpedoflotte und entsprechender Hilfskräfte verlangen, und betonte, daß die Ausgestaltung der Flotte im Friedenszeiten erfolgen müsse, weil im Kriegsfalle Veräusertes niemals nachzubolen sei. (Beifall.) Redner fuhr fort: Das einheitliche Vorgehen der Delegation sei um so bemerkenswerter, als die Vertreter aller Länder des Reiches, trotzdem sie sich mitunter auf das bestmögliche bekämpfen und sich gerade jetzt im Zustande einer akuten politischen Spannung befinden, im Augenblick, wo es galt, die Interessen der gesamten Monarchie zu vertreten und ihre Machtstellung zu festigen, sich sofort in einem Willensentschluß zusammengelunden haben. Diese Tatsache muß auch den Auslande klar gemacht haben, daß in unserem zielgerichteten Nationalitätsakte die Willenskraft und die Energie des gemeinsamen Staatsgeborenen und das patriotische Empfinden aller Völker fest und voll besteht. (Lebhafte, anhaltende Beifall.) Hierauf schloß der Präsident mit einem begeistert angenommenen dreifachen Hoch auf den Kaiser die Delegationsession.

Nach Feststellung der Uebereinkunftung der Beschlüsse in beiden Delegationen wurde die Session der Ungarischen Delegation nach den üblichen Schlußreden und begeisterten Ehrenrufen auf den König geschlossen.

**Belsingfors, 31. Oktober.** (S. T. G.) Die Session des finnischen Landtages wurde heute nachmittag mit dem üblichen Zeremoniell geschlossen. (Siehe auch in der II. und III. Beilage.)